



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2005

Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass

Ruloff, D

Abstract: Blut, Schweiss und Tränen kann man den Deutschen nicht plausibel machen: Sie sehen die Notwendigkeit von Reformen zwar ein, sind zu Opfern aber nicht bereit, schreibt Dieter Ruloff

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-20680>

Newspaper Article

Published Version

Originally published at:

Ruloff, D. Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass. In: NZZ, 25 September 2005, 23.

Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass

Blut, Schweiss und Tränen kann man den Deutschen nicht plausibel machen: Sie sehen die Notwendigkeit von Reformen zwar ein, sind zu Opfern aber nicht bereit, *schreibt Dieter Ruloff*

Surreal ist wohl die richtige Bezeichnung für den Wahlabend des 18. Septembers in Deutschland: Erst Konsteration angesichts der Hochrechnungsergebnisse, dann das seltsame Bemühen aller Parteien, die Sache als Erfolg zu feiern. Grund dazu hatte eigentlich nur die PDS, die Nachfolgerin der kommunistischen SED. Mit Hilfe des SPD-Abtrünnigen Lafontaine hat sie endlich den Sprung über die 5%-Hürde geschafft. Alle anderen hätten eher Grund zur Zerknirschtheit. Die FDP erreichte zwar mit 9,8% ihr bestes Ergebnis seit 1990. Erhofft hatte man sich aber mehr, eine schwarz-gelbe Mehrheit im Parlament und die glatte Ablösung der rot-grünen Regierung. Der Absturz der Unionsparteien CDU und CSU auf 35,2% macht dies nun unmöglich. Die CDU-Chefin Merkel, vom Desaster deutlich gezeichnet, sprach gleichwohl von Erfolg: Man sei stärkste Fraktion, und diese stelle «traditionell» den Bundeskanzler. Mit 34,3% ist das Ergebnis der SPD zwar mager, aber besser als befürchtet. Angesichts des Debakels der Konkurrenz herrschte bei der SPD gleichwohl Jubelstimmung: Schadenfreude ist eben doch die beste Freude.

Warum nach allen Zeichen des politischen Wechsels nun dieses Wahlergebnis? Tatsächlich war der Anteil der Unentschiedenen bis in die Tage vor der Wahl so hoch wie nie zuvor. Viele von ihnen entschieden sich im letzten Moment wohl für die SPD, eine bekannte Grösse, und gegen die Unwägbarkeiten weitergehender Reformen mit Angela Merkel. Insgesamt ist das Wahlergebnis wohl überraschend, aber dennoch stimmig: Es spiegelt eine Volonté générale, einen Gemeinwillen der Deutschen, der zwar die Notwendigkeit von Reformen einsieht und diese im Prinzip auch will, für grössere Opfer aber noch nicht zu haben ist: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass.

Wie nun weiter? Spätestens am 18. Oktober wird der neu gewählte Bundestag zusammentreten. Als eine seiner ersten Amtshandlungen wählt er den neuen Bundeskanzler, und zwar auf Vorschlag des Bundespräsidenten. Nominiert wird, wer glaubhaft darzulegen vermag, eine absolute Mehrheit auf sich vereinigen zu können. Ein Koalitionsvertrag wäre dabei hilfreich. Auch die Kampfwahl eines

Kanzlers in weiteren Wahlgängen, zuletzt mit bloss noch relativer Mehrheit, ist theoretisch denkbar. Eher würde der Bundespräsident wohl Neuwahlen ansetzen, als einer wackligen Minderheitsregierung seinen Segen zu geben. Dazu wird es aber wohl nicht kommen. Überraschend schnell hat sich der Pulverdampf des Wahlkampfes verzogen und einer pragmatischen Stimmung Platz gemacht. Die Suche nach Lösungen kommt offenbar voran.

Es stellt sich die Frage, wer in welcher Kombination zu Zugeständnissen im Personellen und Programmatischen bereit sein könnte. Am geringsten sind die Spielräume der FDP. Ihr Chef Guido Westerwelle sitzt nach dem Wahlerfolg nun fest im Sattel. Bei seinen Wählern ist Westerwelle im Wort, die rot-grüne Koalition zu beerdigen. Das genaue Gegenteil, also Rot-Grün weiter zu beleben, wäre gigantischer Wortbruch.

Würden die Grünen einer schwarz-gelben Koalition zur Mehrheit verheissen? Joschka Fischer, die Galionsfigur und erklärter Gegner einer solchen Kombination, hat sich zurückgezogen. Trotz ideologischen Differenzen gibt es inhaltliche Gemeinsamkeiten zwischen Schwarz, Gelb und Grün, etwa bei der bedeutsamen Reform der sozialen Sicherungssysteme. Viele Grüne sind aber innerlich noch nicht bereit, über ihren Schatten zu springen und eine Kanzlerin Merkel zu unterstützen. Schon deren geheime Wahl im Bundestag wäre eine Zitterpartie, eine schwarz-gelb-grüne Regierung darüber hinaus wenig stabil, weil tendenziell der Erpressung durch unzufriedene Minderheiten aller drei Parteien ausgeliefert. Die ersten schwarz-grünen Gespräche vom Freitag könnten auch die letzten gewesen sein.

Manches spricht also für eine grosse Koalition von CDU und SPD. In vielen Sachfragen waren sich beide grossen Parteien immer schon näher als ihren kleinen Trabanten. Knackpunkt ist hier die Personalfrage. Bis jetzt treffen die Führungsansprüche von Merkel und Schröder unversöhnlich aufeinander. Die eine will Kanzler werden, der andere bleiben. Noch haben sie ihre Parteien einigermassen im Griff. Angela Merkel hat sich gerade mit 99% der Stimmen im Amte der Fraktionschefin bestätigen lassen, ein Vertrauensbeweis, der mehr nach

Taktik schmeckt als nach echter Zuneigung. Am Ende werden die «Provinzfürsten» beider Parteien die aktuellen Protagonisten wohl opfern und deren Rückzug in die Waagschale werfen, wenn sich dies auszahlt, personell oder programmatisch.

Kommentatoren im In- und Ausland haben angesichts des Wahlausgangs schon die Götterdämmerung der «Berliner Republik» an die Wand gemalt, Vergleiche mit Frankreichs Vierter Republik gezogen, italienische oder gar südamerikanische Verhältnisse prognostiziert. Nichts von dem ergibt einen Sinn. Fast 90% der Wähler entschieden sich für demokratische Parteien, fast 70% von ihnen für die beiden grossen Volksparteien. Die Rechtsradikalen schrumpften zur Bedeutungslosigkeit. Deutschland hat zudem Erfahrung mit Koalitionen aller Farben und Kombinationen, namentlich in den Bundesländern. Grosse Herausforderungen kommen auf die neue Regierung zu: Staatsverschuldung, Überregulierung, Sanierungsbedarf der sozialen Sicherungssysteme. Blut, Schweiss und Tränen kann man den Deutschen gegenwärtig nicht plausibel machen, dazu geht es ihnen noch zu gut. Die sehr breite Basis einer grossen Koalition böte aber die Chance zu einem Einstieg in Reformen, ohne Rücksicht auf Fragen der Popularität und organisierte Partikularinteressen.